



5. Dezember 2013

**Protokoll der Bürgerversammlung der Stadt Rapperswil-Jona
vom Donnerstag, 5. Dezember 2013, 19.30 Uhr im Stadtsaal KREUZ**

Ressort: Präsidiales
Registratur-Nr.: 12.02.11

Leitung: Stadtpräsident Erich Zoller

Protokoll: Stadtschreiber Hansjörg Goldener /
Stadtschreiber-Stv. Stefan Zürn

Stimmenzähler: Nicole Albrecht
Therese Ebinger
Markus Etter
Elisabeth Glaus
Adrian Haas
Irene Riesen
Markus Wissmann
Lydia Wyss

Anwesende Stimmberechtigte: 289 Personen (1,61% von 17'931 Stimmberechtigten)

Traktandenliste

1. Bericht und Antrag des Stadtrats zum Budget 2014
2. Allgemeine Umfrage



5. Dezember 2013

Seite 2

Begrüssung

Stadtpräsident Erich Zoller begrüsst die Anwesenden im Namen des Stadtrats. Vor der Behandlung der traktandierten Geschäfte informiert er wie üblich über einige aktuelle Themen.

Prozess Vision Schloss

Für die Entwicklung eines Betriebs- und Nutzungskonzepts für das Schloss Rapperswil hat die Bürgerversammlung am 10. Dezember 2009 für den Wettbewerb für die Neuausrichtung einen Kredit von Fr. 100'000.-- und am 9. Dezember 2010 einen weiteren Kredit von Fr. 50'000.-- bewilligt (Ergänzungskredit, Umsetzung Machbarkeitsstudie). Gemäss vorliegender Zwischenabrechnung werden die Ausgaben unter den Krediten liegen.

Das Konzept, welches im Frühjahr 2013 präsentiert wurde, entstand auf den Grundlagen einer Ideenwerkstatt aus dem Jahr 2008. Das Konzept ist mehrheitlich auf Ablehnung gestossen. Kritisiert worden sind vor allem das Polenmuseum, welches an seinem bisherigen Ort weiterbestehen soll, die Gastronomie und das Fehlen einer besonderen Ausstrahlung. Der Ortsverwaltungsrat und der Stadtrat sind deshalb der Meinung, dass ein neuer Weg einzuschlagen ist.

Mit der Steiner Sarnen AG haben die beiden Behörden den idealen Partner für das Projekt gefunden. Das Unternehmen hat sich schweiz- und weltweit einen Namen in der Entwicklung von Visionen und Konzepten für Ausstellungen, Museen, Gartenanlagen und Schlösser bzw. Burgen geschaffen. Die Steiner Sarnen AG soll aber nicht ein Luftschloss planen, sondern unter Berücksichtigung der verschiedenen Blickwinkel eine Vision für das Schloss erarbeiten.

Ortsverwaltungsrat und Stadtrat haben eine Expertengruppe zusammengestellt, welche die verschiedenen Blickwinkel kompetent vertreten kann. Die Vertreter der Expertengruppe stammen aus der Wirtschaft, dem Tourismus, der Kultur, aus der Verbindung zu Polen, der Geschichte und der Gastronomie. Die Expertengruppe wird der Steiner Sarnen AG bereits im Januar 2014 erste Inputs für die Erarbeitung der Vision geben. Dann geht die Steiner Sarnen AG an die Erarbeitung der Vision und wird im Frühjahr 2014 einen ersten Entwurf vorlegen. Die Expertengruppe wird zu diesem Entwurf der Vision Stellung nehmen können.

Voraussichtlich vor den Sommerferien wird dann die Expertengruppe zusammen mit der Steiner Sarnen AG die Vision verabschieden bzw. den Behörden übergeben. Anschliessend wird die Vision der Öffentlichkeit präsentiert.

Neues Pflegezentrum

Die Ortsbürgerinnen und Ortsbürger haben an der gestrigen Bürgerversammlung u.a. das Thema Alters- und Pflegezentrum diskutiert. Sie sind sich einig, dass Alternativen zum Weiterbetrieb des Bürgerspitals als Pflegeheim zu prüfen sind. Sie sind sich bewusst, dass der Umbau des jetzigen Bürgerspitals in ein zeitgemässes Pflegezentrum



5. Dezember 2013

Seite 3

am heutigen Standort eine grosse Herausforderung ist. Herausforderungen sind die Betriebsabläufe, die denkmalpflegerischen Vorgaben, die Ausbaubarkeit, die minimale Grösse und die Wirtschaftlichkeit.

Stadt und Ortsgemeinde prüfen deshalb verschiedene Modelle der künftigen Zusammenarbeit. Das Resultat dieser Abklärungen hat unter Umständen erhebliche Auswirkungen auf die Planungen der Stadt. Entsprechend ist die Frage der künftigen Zusammenarbeit Teil des Gesamtprojekts „Neues Pflegezentrum“. Weitere Teilprojekte befassen sich zum Beispiel mit der Standortabklärung und der Finanzierung. Die Teilprojekte haben gegenseitige Abhängigkeiten und müssen zeitlich und inhaltlich aufeinander abgestimmt werden.

Damit das Gesamtprojekt im nötigen Zeitrahmen und mit der erforderlichen Koordination bearbeitet werden kann, hat sich der Stadtrat in Absprache mit dem Ortsverwaltungsrat entschieden, das Büro Forrer/Lombriser mit der Projektbegleitung zu beauftragen. Bis im Sommer 2014 sollen die Ergebnisse vorgelegt werden können.

Laufende Bauprojekte

Im laufenden Jahr sind mehrere grössere Bauprojekte abgeschlossen oder in Angriff genommen worden. Zu erwähnen sind insbesondere die Sanierung der Turnhalle und des Hallenbads Paradies-Lenggis sowie das neue Kunstrasenfeld auf der Sportanlage Grünfeld. Die Projekte sind qualitativ gelungen und die Kosten und Termine konnten im vorgesehenen Rahmen eingehalten werden. Auch die laufenden Projekte wie Bau des Bus- und Bahnhofs Jona, die Sanierung des Mehrzweckgebäudes Bollwies 4, die Altlastensanierung im Lido und die Erweiterung der Schulräume des Berufs- und Weiterbildungszentrums bewegen sich insgesamt innerhalb der bewilligten Kredite.

Hindernisfreie Stadt

Stadtpräsident *Erich Zoller* weist auf die sehr positiven Rückmeldungen zur hindernisfreien Stadt hin. Procap und die Schweizerische Fachstelle für Behindertengerechtes Bauen haben Projektleiter Richard Hanselmann Folgendes mitgeteilt:

„Der Stadtplan ist ein gutes Beispiel, wie die Informationen zur Hindernisfreiheit aufgezeigt werden können. Das Fenster beim Anklicken vom Piktogramm gibt die wichtigen Infos in knappem Text und die Fotos haben eine grosse Aussagekraft zur eigenen Einschätzung zur Benutzbarkeit der Anlage. Gerne werden wir den Stadtplan von Rapperswil-Jona als gutes Beispiel weiter empfehlen.“



5. Dezember 2013
Seite 4

Formelles

Stadtpräsident Erich Zoller begrüsst die Stimmzählerinnen und Stimmzähler.

Nicole Albrecht

Therese Ebinger

Markus Etter

Elisabeth Glaus

Adrian Haas

Irene Riesen

Markus Wissmann

Lydia Wyss

Das Protokoll wird von den Stadtschreibern Hansjörg Goldener und Stefan Zürn geführt. Zur Erleichterung der Protokollführung erfolgen elektronische Aufzeichnungen, die nach der Rechtskraft des Protokolls gelöscht werden. Sofern Voten abgegeben werden, sind Sie gebeten, Ihren Namen und Vornamen bekannt zu geben. Die Voten sollten an einem der Mikrophone abgegeben werden. Das Versammlungsbüro ist vollzählig und somit ordnungsgemäss bestellt. Zur heutigen Bürgerversammlung sind die Einladungen samt den notwendigen Unterlagen rechtzeitig verschickt worden und auch die Publikation der heutigen Geschäftsordnung ist termingerecht erfolgt.

Die Traktandenliste findet auch auf Seite 1 des Bürgerversammlungshefts. Eine Änderung oder Umstellung der Traktandenliste wird nicht gewünscht.



5. Dezember 2013
Seite 5

Traktandum 1

Bericht und Antrag des Stadtrats zum Budget 2014

A. Gutachten

Geschätzte Mitbürgerinnen und Mitbürger

Das Budget 2014 weist bei einem Aufwand von Fr. 149'502'200.-- und einem Ertrag von Fr. 147'200'100.-- ein Defizit von Fr. 2'302'100.-- aus. Der Aufwandüberschuss soll mit einem Eigenkapitalbezug gedeckt werden. Der Steuerfuss soll unverändert auf 92% belassen werden.

A. Ausgangslage

Wirtschaftsaussichten

Die Finanzmärkte dürfen auch 2013 insgesamt eine positive Kursentwicklung haben. Auch die weitere Entwicklung wird grundsätzlich positiv beurteilt. Das Wirtschaftswachstum in der Schweiz ist auf tiefem Niveau solid und auch im EU-Raum sowie in den USA hat sich die wirtschaftliche Situation stabilisiert. Die Zinsen im kurzfristigen Bereich sind weiterhin praktisch bei Null. Im langfristigen Bereich hat sich eine Zinssatzerhöhung ergeben. Das Niveau ist aber weiterhin sehr tief und eine weitere Erhöhung ist noch nicht in Sicht. Die Teuerung dürfte moderat bleiben, die Arbeitslosenquote leicht ansteigen.

Massnahmenpakete des Kantons

Der Kanton hat seit 2011/2012 drei Massnahmenpakete zur Bereinigung des strukturellen Defizits beim Kanton geschnürt. Von den verschiedenen Massnahmen sind auch die Gemeinden betroffen. Im Budget 2014 sind rund 3,5 Mio. Franken Mehraufwendungen enthalten. Davon betreffen 0,91 Mio. Franken das dritte Massnahmenpaket. Die Mehrkosten entstehen in erster Linie aus der Übernahme der gesamten Restkosten aus der Pflegefinanzierung.

Zu berücksichtigen ist, dass sich die Massnahmen beim Kanton indirekt auf die Gemeinden auswirken können. Wenn beispielsweise der Kanton sich aus Dienstleistungen zurückzieht, könnte der Druck kommen, dass die Gemeinden diese Dienstleistungen übernehmen und finanzieren. Die Überbindung der gesamten Restkosten aus der Pflegefinanzierung steht auch im Zusammenhang mit der Überprüfung des kantonalen Finanzausgleichsystems. Hier ergeben sich grundsätzlich weniger Mittel, die vom Kanton eingesetzt werden und Veränderungen beim soziodemographischen Ausgleich. Hier sind die Auswirkungen auf die Stadt offen. Weitere Gesetzesänderungen bzw. eine Anpassung der Steuergesetze sind im Moment nicht zu erwarten.

Vorgaben

Der Stadtrat hat im Verlauf dieses Jahrs die Schwerpunktplanung 2013 - 2016 erarbeitet. Die Finanzpolitik ist wichtiger Bestandteil dieser Planung. Die Zielsetzungen aus



5. Dezember 2013

Seite 6

dem Regierungsprogramm hängen von ihr ab. Grundlage bildet das Finanzleitbild der Stadt.

Grundlagen zum Budget 2014 bilden das Finanzleitbild sowie die vom Stadtrat verabschiedeten Budgetrichtlinien. Als Grundlage für die Budgetierung fliessen auch die Aufträge aus der Bürgerversammlung vom 10. Dezember 2012 ein. Danach hat der Stadtrat einen Budgetentwurf 2014 mit einem Steuerfuss von 92% vorzulegen. Es ist eine Aufgabenpriorisierung aufzuzeigen sowie ein Konzept für die Einführung einer Schuldenbremse zu erarbeiten. Der Stadtrat hat rechtzeitig den Budgetprozess in Angriff genommen. Aufgrund der Beschlüsse der Bürgerschaft vom 10. Dezember 2012 musste der Stadtrat den Budgetentwurf gegenüber dem Budget 2013 um 2,5 - 3,5 Mio. Franken kürzen.

Im Zusammenhang mit den Aufträgen der Bürgerversammlung vom 10. Dezember 2012 hat der Stadtrat ein Massnahmenpaket beschlossen und umgesetzt. Diese Massnahmen führen zu einer Entlastung von 0,84 Mio. Franken. Die Massnahmen sind den Parteien unterbreitet worden. Die Stellungnahmen sind in die Erarbeitung des Budgets 2014 eingeflossen. An der Bürgerversammlung werden die getroffenen Massnahmen erläutert. Im weiteren werden Massnahmen, welche bereits im Budget 2013 umgesetzt wurden, fortgesetzt. Die Hauptpositionen sind Sonderdividende Erdgas Obersee AG Fr. 950'000.--, Verzicht auf den Ausgleich der Liegenschaftenrechnungen (befristet bis 2015) von Fr. 1'076'300.-- sowie Verzicht Unterhaltsreserven Verwaltungsliegenschaften von Fr. 143'500.--.

Der Sachaufwand im Budget 2014 beläuft sich auf 24,9 Mio. Franken. Gegenüber dem Vorjahresbudget sind dies 0,40 Mio. Franken weniger. Der Sachaufwand liegt leicht über der Jahresrechnung 2012. Im Zusammenhang mit dem Massnahmenpaket des Stadtrats sind alle neuen Aufgaben bzw. neuen Ausgaben, welche Mehrkosten von Fr. 20'000.-- zur Folge haben, detailliert erfasst worden.

Stand Jahresrechnung 2012

Der Stand der Jahresrechnung zeigt, dass die Einnahmensituation, allen voran bei den Steuereinnahmen im budgetierten Bereich liegt. Bei den Aufwendungen zeichnen sich bei wenigen Kostenstellen Mehrausgaben ab, jedoch insgesamt nicht in erheblichem Ausmass. Ansonsten sind die Ausgabenpositionen und die Einnahmen im Griff. Die Erfahrungen der letzten Jahre zeigen, dass sich jeweils Minderaufwendungen ergeben. Nachdem die Budgets 2012 und 2013 durch die Massnahmenpakete des Stadtrats reduziert wurden, ist offen, ob dies 2013 auch in diesem Umfang der Fall sein wird. Der Effekt der jeweils hohen Minderausgaben dürfte sich nicht nochmals ergeben. Damit zeichnet sich ein Rechnungsdefizit leicht tiefer als budgetiert ab. Hierfür wird der notwendige Bezug aus dem Eigenkapital erfolgen müssen.

Bezug Eigenkapital

Im Rahmen der Vereinbarung wurde in Aussicht genommen, gezielt Eigenkapitalbezüge im Umfang von bis zu 3 Steuerprozenten oder 2,1 Mio. Franken zuzulassen. Auf das Budget 2008 wurde der Steuerfuss um 10 Steuerfussprozente reduziert. Damals wurden die Reformgewinne aus dem Finanzausgleich und der Aufgabenteilung Bund/Kanton/



5. Dezember 2013
Seite 7

Gemeinden den Steuerzahlenden weiter gegeben. Beim Budget 2010 war es denn aus finanzpolitischen Überlegungen nicht möglich, die weiteren Entlastungen des Kantons weiter zu geben. Hingegen wurden drei weitere Steuerprozente auf das Budget 2011 reduziert. Die Reformgewinne kamen damit den Steuerzahlenden zugute.

Mit einem Defizit von 2,3 Mio. Franken kann der Eckwert der Eigenkapitalbezüge knapp eingehalten werden. Das Defizit entspricht rund 3,2 Steuerprozenten. Hingegen ist zu berücksichtigen, dass durch die Massnahmenpakete des Kantons Mehrbelastungen von 3,4 Mio. Franken im Budget enthalten sind.

Das vorliegende Budget basiert auf den gleich bleibenden Steuer- und Gebührenansätzen analog der Vorjahre. Die Budgetziele und -vorgaben der Stimmbürgerschaft konnten erreicht werden. Im Hinblick auf die kommenden Budgets ist es eine Herausforderung, allfällige weitere Mehrbelastungen des Kantons aufzunehmen, den Wegfall der Massnahmenpakete des Stadtrats aufzufangen (z.B. Ausgleich Liegenschaften/Finanzvermögen) und allenfalls weitere echte Einsparungen vorzunehmen.

Ausblick

Neue Einsparungen werden weitere einschneidende Kürzungen und einen Leistungsabbau zu Ungunsten der Bevölkerung notwendig machen. Die künftigen Budgetvorgaben müssen auch bei steigenden Steuereinnahmen restriktiv gesetzt werden. Die Steigerungs- und Wachstumsraten der Aufwandpositionen mit Personalaufwand, Sachaufwand etc. sind zurückhaltend und sorgfältig festzulegen, damit der Aufwand nicht überproportional zur Steigerung der Einnahmen anwachsen kann. Die Budgetierungsarbeiten bleiben in den kommenden Jahren ein permanenter Budgetüberwachungs- und Kostenoptimierungsprozess. Dies bedeutet, dass der Stadtrat frühzeitig die Eckwerte und Vorgaben für die jeweiligen Budgets festzulegen hat. Wenn sich die Steuerzuwachsrate wiederum erfreulich entwickeln oder die Ansiedlung von Unternehmen und die Zuzüge von neuen Steuerzahlern gelingen, ergibt dies den notwendigen Handlungsspielraum. Ebenfalls zur positiven Entwicklung beitragen wird die nun rechtskräftige Zonenplanrevision, welche in den nächsten Jahren verschiedene Bauvorhaben zulässt und somit ein Zuwachs der Bevölkerung zu erwarten lässt. Die Stadt ist auf eine gute wirtschaftliche Entwicklung mit steigenden Steuereinnahmen und der Erhöhung der Einnahmen durch Ansiedlungen und Zuzüge angewiesen. Die grossen Vorhaben ausserhalb des Planungszentrums sind eine Herausforderung für den städtischen Finanzhaushalt.

B. Laufende Rechnung

Die Laufende Rechnung 2014 schliesst gemäss Budget mit einem Defizit von Fr. 2'302'100.-- ab. Der Aufwandüberschuss soll durch das Eigenkapital gedeckt werden. Das Eigenkapital beträgt per 31. Dezember 2012 25,9 Mio. Franken.

Kommentare zu den einzelnen Kontogruppen sind auf Seite 16 aufgeführt. Weitere Informationen finden sich zudem beim Zusammenzug auf Seite 12. Im Folgenden werden nun die wichtigsten Änderungen gegenüber dem Budget 2013 erwähnt:



5. Dezember 2013
Seite 8

Aufwand

Personalaufwand

Der Personalaufwand steigt um 0,8% oder 0,49 Mio. Franken. Eine generelle Besoldungsanpassung ist nicht vorgesehen. Im Verwaltungsbereich steigen die Lohnaufwendungen um 0,21 Mio. Franken an, im Volksschulbereich steigen sie um 0,60 Mio. Franken. Im Verwaltungsbereich sind Stellenanpassungen bei der neuen Stadtbibliothek sowie für den Bereich Littering notwendig. Im Volksschulbereich werden gleich viele Klassen wie im Vorjahr geführt.

Sachaufwand

Der Sachaufwand liegt leicht über der Jahresrechnung 2012. Im Zusammenhang mit den Massnahmen des Stadtrats konnten gezielt Reduktionen umgesetzt werden. Beim Büro- und Schulmaterial sowie den Drucksachen ergeben sich Minderkosten. Bei den Drucksachen kann eine Reduktion erreicht werden, da die Zahl der Bürgerversammlungen pro Jahr um eine reduziert werden soll. Die Energieaufwendungen steigen um 0,07 Mio. Franken an, da mit einer Strompreiserhöhung zu rechnen ist.

Unterhaltsaufwendungen

Beim baulichen Unterhalt werden 0,28 Mio. Franken weniger veranschlagt. Der notwendige werterhaltende Unterhalt wird vorgenommen. Grössere Unterhaltsprojekte ab Fr. 50'000.-- sind wie üblich im Investitionsbudget aufgeführt. Der Unterhalt von Mobilien, Maschinen und Fahrzeugen sinkt um 0,1 Mio. Franken. Die Aufwendungen sinken auch im Informatikbereich. Tieferer Unterhaltsaufwendungen ergeben sich auch beim Werkdienst, wo die Nutzungsdauer der Fahrzeuge erhöht werden konnte. Im Entsorgungswesen reduzieren sich die Aufwendungen für Abfuhrkosten im Bereich Abwasser, für die Grüngutentsorgung sowie für die Papierabfuhr. Im Planungsbereich wurden die Aufwendungen reduziert, da im Investitionsbudget ein separater Kredit beantragt wird.

Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde

Bei der regionalen Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde wird nach dem ersten Betriebsjahr ersichtlich, dass die Aufwendungen für die Dienstleistungen und Honorare, die Informatikdienstleistungen sowie die Entschädigungen an private Beistände erhöht werden müssen.

Passivzinsen / Abschreibungen

Die Passivzinsen für Fremdmittel sind leicht tiefer als im Vorjahr. Das gute Rechnungsergebnis 2012 wirkt sich positiv auf die Liquidität der Stadt aus. Es werden zurzeit weniger Fremde Mittel benötigt, u.a. auch deshalb, weil das Investitionsvolumen 2013 unter dem Budget bleibt. Die Zinssätze sind vor allem im kurzfristigen Bereich weiterhin sehr tief. Die Fremden Mittel werden aufgrund der hohen Investitionen in den nächsten Jahren, der im Budget 2014 vorgesehenen Reservebezüge und der noch immer tieferen Steuereinnahmen in den folgenden Jahren zunehmen. Die Abschreibungen sind gegenüber dem Vorjahr rund 2,8 Mio. Franken tiefer. Es sind vor allem die ordentlichen Abschreibungen des Verwaltungsvermögens, die 2014 sinken. Dies einerseits durch die



5. Dezember 2013
Seite 9

zusätzlichen Abschreibungen im Rahmen der Verwendung des Rechnungsüberschusses 2012 und weil andererseits grössere Investitionsvorhaben vollständig abgeschrieben werden konnten. Die Direktabschreibungen der Investitionsrechnung (Vorhaben bis Fr. 100'000.--) sind um 0,2 Mio. Franken tiefer als im Vorjahr. Die Abschreibungen in den spezialfinanzierten Bereichen wie Abfall und Abwasser sinken um 0,48 Mio. Franken.

Entschädigungen

Die Entschädigungen an Gemeinwesen steigen um 0,43 Mio. Franken. Sie beinhalten die Entschädigung für die Stadtpolizei, die Verwertungskosten im Bereich Entsorgung, den städtischen Anteil am Zweckverband Logopädischer Dienst sowie der Werkschule Uznach, Beiträge an Sonderschulskosten und die Entschädigungen an die Stiftung RaJoVita. Die Entschädigungen an den Kanton für die Stadtpolizei reduzieren sich, da ein Polizist weniger durch die Stadt beansprucht wird. Die Beiträge an die Sonderschulskosten steigen aufgrund einer höheren Anzahl von Schülern. Bei den Entschädigungen an die Stiftung RaJoVita ergibt sich eine Entlastung im Bereich der Spitex-Dienste. Die Gesundheitsberatung der Stiftung RaJoVita wird von der Pilotphase neu in einen definitiven Betrieb überführt.

Informatik

Bei der Informatik sinkt der Netto-Aufwand ganz leicht und beläuft sich auf 1,68 Mio. Franken. Gewisse Mehraufwendungen ergeben sich bei den Netzwerkdienstleistungen, da neu zwei getrennte Rechenzentren betrieben werden. Bei der Schulinformatik sinken die Verbrauchsmaterialkosten wie Toner und Papier. Bei den Software-Anschaffungen geht es um die Installation eines neuen Zeiterfassungssystems sowie die Nachlizenzierung von Microsoft-Software-Paketen.

Dienstleistungen und Honorare

Die Planungsaufwendungen in den Bereichen Stadtentwicklung, Bausekretariat, Hochbau sowie Tiefbau und Verkehrsplanung sind im Budget mit Fr. 600'000.-- veranschlagt. Hinzu kommen die entsprechenden Projektierungskredite aus dem Investitionsbudget sowie Aufwendungen zur Initialisierung von späteren Bauvorhaben in der Laufenden Rechnung. Insgesamt belaufen sich die Aufwendungen für Dienstleistungen und Honorare auf 7,25 Mio. Franken. Darin enthalten sind auch Aufwendungen wie das Projekt Energieoptimierung, die Öffentlichkeitsarbeit des Stadtrats, die Informatikdienstleistungen Dritter, die Dienstleistungen im Bereich Abfall und Abwasser, Beschäftigungsprogramme, Porti, Betriebskosten, Schülertransporte, Sicherheitsdienste etc.

Bildung, Familie

Im Ressort Bildung, Familie sind Netto-Aufwendungen von 51,7 Mio. Franken veranschlagt (Vorjahr 50,68 Mio. Franken). Grundlage für die Budgetierung bildet die vom Schulrat und vom Stadtrat genehmigte Klassenorganisation 2013/2014. Ab Schuljahr 2013/2014 werden gleich viele Klassen geführt. Bei den Personalaufwendungen der Volksschule ergibt sich eine Steigerung von rund 0,51 Mio. Franken. Der Netto-Aufwand der Schulanlagen bewegt sich im Rahmen des Vorjahrs bei 5,16 Mio. Franken. Die



5. Dezember 2013
Seite 10

Schulbetriebskosten steigen um 0,21 Mio. Franken an. Bei den übrigen Schulbetriebskosten ergibt sich eine Erhöhung bei den Sonderschulskosten um 0,18 Mio. Franken, und zwar aufgrund höherer Schülerzahlen. Im Bereich der familienergänzenden Kinderbetreuung beträgt der Mehraufwand 0,27 Mio. Franken, da child care concept einen neuen Standort mit einer Kinderbetreuungsstätte eröffnet hat. Zusätzlich wurden im Bereich Nachmittagsbetreuung drei Standorte in Betrieb genommen. Für die neue Stadtbibliothek ist erstmals ein Betriebsjahr ab Eröffnung im Frühjahr 2014 im Budget enthalten. Der Netto-Aufwand beläuft sich auf Fr. 880'000.--. Verglichen mit dem Vorjahresbudget der beiden bisherigen Bibliotheken ergibt dies einen Zusatzaufwand von rund Fr. 220'000.--. Dies ist der Bürgerschaft im Zusammenhang mit der Vorlage des Investitionskredits kommuniziert worden.

Kultur

Die Netto-Aufwendungen im Bereich Kultur sind mit 1,36 Mio. Franken im Rahmen des Vorjahrs budgetiert. Zum dritten Mal ist das städtische Kulturprogramm vorgesehen. Daraus resultiert ein Netto-Aufwand zulasten der Stadt von rund Fr. 30'000.-- (Vorjahr Fr. 40'000.--).

Öffentlicher Verkehr

Die Kosten im öffentlichen Verkehr steigen insgesamt um 1,18 Mio. Franken an. Beim Stadtbus ist erstmals die Südquartierlinie enthalten, welche gemäss Beschluss der Stimmbürgerschaft in einen definitiven Betrieb überführt wird. Die Kostensteigerung beim Stadtbus beträgt Fr. 536'000.--. Die Abgeltungen öffentlichen Verkehr an den Kanton steigen um 0,68 Mio. Franken an. Die Erhöhung ist Teil des Massnahmenpakets 2, aber auch die Folge der Einführung der neuen Bahn- und Busangebote im Rahmen der S-Bahn St. Gallen. Die Beiträge Ostwind von Fr. 200'000.-- wurden gemäss der Neuordnung der Finanzierung des öffentlichen Verkehrs in die Beiträge von Regionalverkehr integriert und nicht mehr separat ausgewiesen.

Gesundheit, Alter

Der Netto-Aufwand beim Ressort Gesundheit, Alter beläuft sich auf 5,30 Mio. Franken (Vorjahr 4,47 Mio. Franken). Für die Pflegefinanzierung sind ab 2014 die Gemeinden vollumfänglich für die Restfinanzierung zuständig. Der Aufwand erhöht sich dadurch um 0,78 Mio. Franken. Die Leistungen an die Stiftung RaJoVita belaufen sich auf 3,85 Mio. Franken (Vorjahr 3,75 Mio. Franken). Im Bereich Spitex dürfte die Kostenbeteiligung der Patienten aufgrund der zu erwartenden Beschlüsse im Kantonsrat im November 2013 neu auf 20% festgelegt werden. Dies ergibt eine entsprechende Entlastung für die Stadt von rund Fr. 140'000.--.

Polizeiwesen

Der Netto-Aufwand im Bereich Polizeiwesen beläuft sich auf Fr. 854'000.-- und liegt damit unter dem Vorjahreswert. Bei den Polizeiassistenten wurden die Ressourcen im laufenden Jahr um 50% ausgeweitet. Dagegen reduziert sich die Entschädigung an die Kantonspolizei, da ein Kantonspolizist weniger beansprucht wird. Das Projekt „Gewaltfreier Sport“ ist in einen definitiven Betrieb überführt worden, wobei die Kosten je hälft-



5. Dezember 2013
Seite 11

tig zwischen Stadt und der Lakers AG aufgeteilt werden. Der Netto-Aufwand zulasten der Stadt beträgt rund Fr. 40'000.--.

Spezialfinanzierungen

Die Umsetzung der neuen Parkplatzbewirtschaftung führt zu verschiedenen Mehraufwendungen, aber auch höheren Gebühreneinnahmen. Die Beschaffungsaufwendungen sind im Investitionsbudget enthalten. Aus Parkgebühren werden Einnahmen von 2,3 Mio. Franken veranschlagt. Die Abwassergebühren, die Grundgebühren und die Sackgebühren gehen von den gleichen Ansätzen wie 2013 aus. Der bauliche Unterhalt bei den Kanalisationen und Aussenstationen reduziert sich etwas. Deshalb kann bei der Abwasserrechnung eine Einlage in die Reserve vorgesehen werden. Dagegen ist bei der Abfallrechnung eine Entnahme aus der Reserve von Fr. 225'000.-- geplant. Insbesondere die Abschreibungen erhöhen sich gegenüber dem Vorjahr. Die Feuerwehersatzabgabe wird unverändert belassen. Bei der Feuerwehr und Chemiewehr handelt es sich um ein ordentliches Betriebsjahr.

Ertrag

Steuereinnahmen natürliche Personen und andere Steuerarten

Bei den Steuereinnahmen dürften die budgetierten Steuern für das laufende Jahr 2013 über alle Steuerarten insgesamt erreicht werden. Aufgrund des mutmasslichen Ergebnisses 2013 wird mit einem Zuwachs bei den Steuereinnahmen gemäss den Empfehlungen des Kantons von +1,8% gerechnet. Bei einem Steuerfuss von 92% führt dies zu Einnahmen von 66,4 Mio. Franken bei den laufenden Einkommens- und Vermögenssteuern. Dies ist ein Plus von 0,9 Mio. Franken gegenüber dem Vorjahresbudget. Bei den Nachzahlungen von Steuern früherer Jahre wird für 2014 mit 4,5 Mio. Franken gerechnet. Dies aufgrund der mutmasslichen Einnahmen 2013 und einem Zuwachs von ebenfalls 1,8%. Bei den Grundsteuern kann aufgrund der laufenden Neueinschätzungen und der Zunahme an Gebäuden mit leicht erhöhten Einnahmen gerechnet werden (insgesamt 2,2 Mio. Franken). Der Grundsteueransatz bleibt mit 0,3‰ unverändert. Bei den Handänderungssteuern wird aufgrund der durchschnittlichen Einnahmen der letzten Jahre mit Einnahmen von 2,4 Mio. Franken gerechnet. Die Mehreinnahmen bei den Gemeindesteuern belaufen sich insgesamt auf 1,27 Mio. Franken.

Vermögenserträge

Bei den Vermögenserträgen ergeben sich Mehreinnahmen von 0,3 Mio. Franken. Enthalten sind hier die Einnahmen aus Mieten, Bankzinsen, Wertschriftenerträgen, Verzugszinsen im Bereich Steuern, aber auch Buchgewinne. Die Einnahmen aus Verzugszinsen, Ausgleichszinsen bleiben unverändert. Zum zweiten Mal ist die Sonderdividende der Erdgas Obersee AG mit 0,95 Mio. Franken veranschlagt. Bei den Liegenschaften des Verwaltungsvermögens steigen die Erträge um 0,11 Mio. Franken an, bei den Liegenschaftserträgen der Liegenschaften des Finanzvermögens um 0,26 Mio. Franken. So wurden die Mieten für die Bootsplätze erhöht und neu ergeben sich Mieteinnahmen aus der Schulraumerweiterung bei den Berufsschulhäusern BWZ.



5. Dezember 2013
Seite 12

Steuern juristischer Personen

Bei den Steuern juristischer Personen kann aufgrund des mutmasslichen Ergebnisses 2013 für 2014 mit Einnahmen von 13 Mio. Franken gerechnet werden. Hier ist ein Zuwachs von 3% gemäss kantonaler Empfehlung eingerechnet. Bei den Grundstücksteuern ergeben sich gewisse Mehreinnahmen aufgrund der rechtskräftigen Orts- und Zonenplanrevision. Somit wird nach 2013 auch für 2014 nicht wie bisher auf den Durchschnitt der vergangenen Jahre abgestellt, sondern eine höhere Budgetposition eingesetzt, und zwar aufgrund der mutmasslichen Einnahmen 2013 mit 3,9 Mio. Franken. Bei den ordentlichen Quellensteuern wird das Budget 2013 nicht erreicht, sodass ausgehend von einem tieferen Niveau mit einem Zuwachs von 1,8% gerechnet wird.

C. Investitionsrechnung

Nach der Gemeindeordnung werden Kredite für Investitionen bis zu einer Million Franken je Fall direkt mit der Genehmigung des Budgets bewilligt. Für solche Ausgaben werden keine separaten Kreditvorlagen unterbreitet. Für das Jahr 2014 handelt es sich um folgende Investitionsausgaben und Kreditsummen:

– Mobilitätszukunft Rapperswil-Jona, weitere Projektarbeiten	Fr. 200'000.--
– Informatik: Technische Anpassungen Netzwerk	Fr. 110'000.--
– Informatik: Virtuelle Desktopinfrastruktur (VDI)	Fr. 82'000.--
– Schloss, Neuausrichtung, Weiterbearbeitung Machbarkeitsstudie	Fr. 50'000.--
– Johannisbergstrasse, 2. Teil (Fussweg Wäldliweg - Zufahrt Schützenhaus); Projektierung	Fr. 50'000.--
– Werkdienst, Ersatzbeschaffung VW-Transporter	Fr. 55'000.--
– Rathausstrasse, Sanierung/Gestaltung, Projektierung	Fr. 50'000.--
– Stampfstrasse, ab ARA, Deckbelagsarbeiten	Fr. 315'000.--
– Sonnenbergstrasse, Deckbelagsarbeiten	Fr. 155'000.--
– Gesamtverkehrsoptimierung, Bahnhof Jona, Sanierung Perronkanten, Ausführung	Fr. 850'000.--
– Gesamtverkehrsoptimierung, Haltestelle St. Dionys	Fr. 100'000.--
– Sonnenbergstrasse, Kanalisation, Ausführung	Fr. 465'000.--
– Kanalisation Wettenschwilerstrasse, Ausführung	Fr. 500'000.--
– Kanalisation Rainstrasse, Ausführung	Fr. 750'000.--
– Abwasser-Druckleitung, Verlegung im Bereich des Stadtbachäqudukts über die SBB-Linie	Fr. 100'000.--
– ARA Rapperswil-Jona, Räumerketten Nachklärbecken	Fr. 124'000.--
– Abfallwesen, Strandweg, Abdichtung Lehmriegel Lido	Fr. 430'000.--



5. Dezember 2013
Seite 13

– Stadtplanung, Konkretisierung (Rahmenkredit)	Fr. 150'000.--
– Schulanlage Weiden, Flachdachunterhalt Primarschulhaus	Fr. 100'000.--
– Kindergartenerweiterung Feldli/Langrüti/Erlen, Machbarkeitsabklärungen (Rahmenkredit)	Fr. 80'000.--
– Schulanlage Burgerau, Umbau Hauswartwohnung in Kleingruppenzimmer und Umnutzung Bibliothek in Schulleitungsbüro	Fr. 230'000.--
– Schulanlagen Hanfländer und Schachen: Ersatzbeschaffung Kehrwischmaschine und Rasenmäher	Fr. 65'000.--
– Kindergarten Bollwies, Erneuerung der Toilettenanlage	Fr. 60'000.--
– Schulanlage Schachen, Ersatz Lamellenstoren Häuser 1 + 2 (inkl. Vogelschutz)	Fr. 180'000.--
– Kindergarten Busskirch, Aussenraumgestaltung	Fr. 120'000.--
– Kindergarten Südquartier, Sanierung Toiletten und Korridor sowie Elektroanlagen	Fr. 120'000.--
– Mythenstrasse 35, Nachmittagsbetreuung, Aussenraumgestaltung, Umnutzung Militärküche und Unterhaltsmassnahmen	Fr. 315'000.--
– Pflegezentrum Bühl, Neugestaltung Erdgeschoss, Demenzabteilung 1. + 2. OG, Demenzgarten, Projektierung	Fr. 160'000.--
Die nachstehenden Ausgaben zulasten des Finanzvermögens werden lediglich im Sinne einer Kenntnisnahme unterbreitet:	
– Bootsanlagen, Hafen Untersee, Ausbaggerung, 2. Etappe	Fr. 140'000.--
– Areal Zeughaus, Flachdachsanieierung Bürotrakt	Fr. 100'000.--
– Alterswohnungen Etzelblick, Rietstrasse 92, Sanierung Dach, Fenster, Lift (1. Etappe)	Fr. 1'310'000.--
– Bürohaus Zürcherstrasse 9, Unterhaltsarbeiten	Fr. 95'000.--
– Mehrfamilienhaus Rütiwiesstrasse 8, diverse Unterhaltsarbeiten	Fr. 65'000.--

Antrag

Wir beantragen Ihnen, folgende Beschlüsse zu fassen:

1. Das Budget 2014, bestehend aus Laufender Rechnung und Investitionsrechnung wird genehmigt. Damit sind auch die Kredite für die Investitionen gemäss Liste im vorstehenden Abschnitt C bewilligt.



5. Dezember 2013
Seite 14

2. Für das Jahr 2014 werden folgende Steueransätze beschlossen:

- | | |
|-------------------|-------|
| – Gemeindesteuern | 92% |
| – Grundsteuern | 0,03‰ |

B. Ergänzende Ausführungen von Stadtpräsident Erich Zoller

Finanzplan und Schuldenbremse

Stadtpräsident Erich Zoller informiert vor dem eigentlichen Hauptgeschäft, der Beratung des Budgets 2014, über die Finanzplanung und die Schuldenentwicklung der Stadt. Im Vorfeld der Bürgerversammlung hat der Stadtrat Signale erhalten, dass das Budget 2014 keinen Anlass für grundsätzliche Beanstandungen gibt. Hingegen sorgt die im Finanzplan aufgezeigte Schuldenentwicklung für eine gewisse Besorgnis.

Welche Bedeutung hat die Finanzplanung? Gemäss Definition kommt der Finanzplanung keine rechtliche Verbindlichkeit zu. Deshalb kann die Bürgerschaft auch nicht über die Finanzplanung abstimmen. Sie dient der Bürgerschaft aber als Orientierungsmittel und dem Stadtrat als Arbeitsinstrument für eine ausgewogene Finanz- und Investitionspolitik.

Der Stadtrat legt grossen Wert darauf, eine transparente, detaillierte und realistische Finanzplanung zu zeigen. Sie ist aber weder für die Bürgerschaft noch für den Stadtrat im rechtlichen Sinn verbindlich, weil die Planungssicherheit über einen solch langen Zeitraum schlichtweg zu klein ist. Darum ergeben sich in der Praxis bei allen öffentlich-rechtlichen Körperschaften häufig erhebliche Abweichungen von der Finanzplanung.

Stadtpräsident Erich Zoller erläutert dies an konkreten Beispielen. Die Verschuldungsentwicklung ist sicher die wichtigste Kenngrösse in der Finanzplanung. Erich Zoller zeigt auf, dass die Finanzplanung 2014 - 2018 im Vergleich mit derjenigen von 2008 - 2012 ergibt, dass die budgetierte Verschuldung in etwa auf einem ähnlichen Niveau liegt. Neben der Verschuldungsentwicklung sind auch die Steuereinnahmen sowie die Ertrags- und Aufwandüberschüsse wichtige Kenngrössen. Wie bereits erwähnt, liegt die Verschuldung der beiden Perioden in etwa auf einem ähnlichen Niveau. Im Dezember 2007 hat die Bürgerschaft aufgrund der Finanzplanung den Steuerfuss um 10% gesenkt. Nach Ansicht des Stadtrats darf heute nicht der gleiche Schluss gezogen werden. In beiden Finanzplanungen sind jeweils in allen fünf Jahren Aufwandüberschüsse von durchschnittlich 2,5 Mio. Franken budgetiert worden.

Die Schlussfolgerung für den Stadtrat ist: Die Gelassenheit und Zuversicht, welche vor sechs Jahren vor Ausbruch der Finanzkrise geherrscht hat, würde der Stadt auch heute noch gut anstehen.

Wenn die Verschuldungsentwicklung verbessert werden soll, bestehen verschiedene Möglichkeiten. Grundsätzlich kann der Hebel natürlich nochmals beim laufenden Aufwand angesetzt werden. Der Stadtrat erachtet weitere Abstriche beim Sachaufwand und die Streichung von Kleinpositionen nach drei restriktiven Budgetprozessen nicht als zielführend. Folglich müssten entweder grosse Ausgabenpositionen diskutiert werden, was



5. Dezember 2013
Seite 15

der Stadtrat aber als falsch erachtet, oder das Investitionsbudget müsste weiter gestrafft werden. Eine Kürzung beim öffentlichen Verkehr würde zum Beispiel den von der Bürgerschaft beschlossenen Verbesserungen widersprechen. Im aktuellen Budgetprozess hat der Stadtrat das Investitionsbudget dreimal beraten und bei jeder Beratung gekürzt. Weitere Kürzungen wären nicht sachgerecht.

In den vergangenen Jahren waren jeweils viele Investitionsvorhaben im Budget enthalten. Das budgetierte Investitionsvolumen konnte aber nie erreicht werden. Statt wie geplant 38 Mio. Franken werden im Jahr 2013 voraussichtlich nur 23 Mio. Franken investiert. Dies wirkt sich entsprechend auf die Verschuldungsentwicklung aus. In den vergangenen Jahren lag der Umsetzungsgrad der bewilligten Investitionen jeweils bei maximal 50%. Da 2013 rund 15 Mio. Franken nicht wie geplant investiert werden, verschiebt sich die Verschuldungsentwicklung demnach entsprechend nach unten, d.h. dass wenn die Finanzplanung zum heutigen Zeitpunkt aufgestellt würde, sähe die Verschuldungsentwicklung um 15 Mio. Franken besser aus.

Neben der Ausgabenseite muss aber auch die Entwicklung auf der Ertragsseite betrachtet werden. Für höhere Steuereinnahmen gibt es drei Szenarien bzw. eine Kombination davon. Die Formel lautet: Anzahl Steuerzahler mal Steuerkraft mal Steuerfuss.

Wird - ungeachtet auf welchen Faktor die Mehreinnahmen zurückzuführen sind - davon ausgegangen, dass die Steuereinnahmen um 5% stärker wachsen als der Finanzplan annimmt, dann ergeben sich jährliche Mehreinnahmen von 4,0 Mio. Franken. Die Auswirkungen zusätzlicher Steuereinnahmen bzw. Ertragsüberschüsse auf die Verschuldung ist zwar nicht automatisch. Möglich sind die Bildung von Eigenkapital, Vorfinanzierungen oder zusätzliche Abschreibungen. Unter der Annahme, dass zusätzliche Abschreibungen vorgenommen würden, sähe die Entwicklung der Verschuldung schon wesentlich besser aus. Der Stadtrat wird rechtzeitig Gegensteuer geben, sobald sich die Verschuldungsentwicklung zu negativ entwickelt.

Eine Finanzplanung ist auf fünf Jahre ausgelegt. Selbstverständlich können sich in einer solch langen Zeitdauer erhebliche Veränderungen ergeben. Unvorhersehbar sind insbesondere die Wirtschaftsentwicklung, Verzögerungen infolge von Rechtsmittelverfahren, aber auch die Nichtrealisierung von Grossprojekten oder zu wenige Ressourcen für die Realisierung aller geplanten Investitionen. Deshalb ist oft festzustellen, dass die Finanzplanung ein wesentlich negativeres Bild zeigt als dann tatsächlich das Resultat ist. Dies zeigt gerade ein Vergleich der Kennzahlen der Finanzplanung 2010 im Vergleich zu den jetzigen. Bei den Steuereinnahmen wurde z.B. für 2014 von Einnahmen von rund 82 Mio. Franken ausgegangen. Tatsächlich sind im Budget 2014 jetzt ca. 76 Mio. Franken enthalten. Ein Teil dieser Mindereinnahmen resultiert aus der vorgenommenen Steuerfusssenkung. Ein weiterer Grund für die tieferen Steuereinnahmen liegt in der Unternehmenssteuerreform 2 des Bunds. Mit dieser Reform sind der öffentlichen Hand nicht unerhebliche Mindereinnahmen entstanden. Ein anderes Bild zeigt der Aufwand von rund 125 Mio. Franken. Hier stimmen die in der Finanzplanung 2010 budgetierten Zahlen praktisch mit dem budgetierten Aufwand 2014 überein. Beim Aufwandüberschuss wurde in der Finanzplanung von einem Defizit von 4 Mio. Franken ausgegangen. 2014 beläuft sich das budgetierte Defizit auf 2,3 Mio. Franken. Bei der Verschuldung ging man



5. Dezember 2013
Seite 16

vor fünf Jahren davon aus, dass sie 2014 bei ca. 94 Mio. Franken liegt. Im Budget 2014 liegt die Verschuldung bei ca. 61 Mio. Franken. Unter Berücksichtigung der 15 Mio. Franken, welche weniger investiert werden, beläuft sich die Verschuldung 2014 auf rund 46 Mio. Franken. Die Unterschiede zwischen der Finanzplanung 2010 und dem tatsächlichen Budget 2014 sind damit erheblich.

An der Bürgerversammlung vom 10. Dezember 2012 ist angeregt worden, eine Schuldenbremse für die Stadt einzuführen. Aus Sicht des Stadtrats lässt sich eine Schuldenbremse, wie sie der Bund und einige Kantone kennen, nicht ohne weiteres auf eine Gemeinde mit Bürgerversammlung umsetzen. Auf Ebene von Bund und Kanton ist die Schuldenbremse in einem Gesetz verankert, welches vom Souverän genehmigt wird. Regierung und Parlament sind dann verpflichtet, sich an diese Rahmenbedingungen zu halten. Bei einer Gemeinde mit Bürgerversammlung würde ein entsprechender Artikel in der Gemeindeordnung beschlossen und die gleiche Bürgerversammlung könnte die Gemeindeordnung, wenn ihr der Rahmen etwa mit Blick auf gewünschte anstehende Investitionen nicht mehr genehm wäre, wieder ändern. Das gleiche Gremium soll nicht über Beides beschliessen können.

Es ist aber überhaupt nicht so, dass sich der Stadtrat keine Gedanken über eine Begrenzung der Schulden macht. Schon im heutigen Finanzleitbild hat er sich mittels Selbstfinanzierungsgrad selber disziplinierende Vorgaben gegeben. Zudem sieht der Stadtrat vor, im Rahmen der Schwerpunktplanung 2013 bis 2016 das Finanzleitbild mit qualitativen Zielen (auch zur Verschuldung) zu ergänzen. Dieser Prozess soll 2014 abgeschlossen sein. Die wichtigste Schuldenbremse liegt aber bei der Bürgerversammlung mit ihren Entscheidungen zu den Investitionsprojekten der Stadt.

An der letztjährigen Bürgerversammlung hat die Bürgerschaft gegenüber dem Stadtrat klare Erwartungen für den Budgetprozess und den Voranschlag 2014 geäussert. Der Stadtrat hat diese Erwartungen ernst genommen und ist der Meinung, dass er der Bürgerschaft in diesem Sinn das Budget vorlegen kann.

Die Erwartungen der Bürgerversammlung vom Dezember 2012 waren:

- Budget 2014 ohne Steuerfusserhöhung
- Maximaler Aufwandüberschuss von 3 Steuerfussprozenten
- Entlastung des Budgets mit einer Aufgabenpriorisierung

Der Stadtrat hat die Ziele erreicht:

- 92 Steuerfussprocente können beibehalten werden.
- 2,3 Mio. Franken Aufwandüberschuss
- Aufgabenpriorisierung bringt Entlastungen von 0,84 Mio. Franken.

Die Aufgabenpriorisierung ist mit den Parteien diskutiert worden.

Verschiedene Faktoren haben die Aufgabe erleichtert bzw. erschwert. Erschwert wurde sie durch die Entlastungspakete des Kantons. Im Budget 2014 betragen die Mehrbelastungen aufgrund der drei Entlastungspakete 3,4 Mio. Franken. Aufgrund der Entlas-



5. Dezember 2013
Seite 17

tungspakete fallen damit erhebliche zusätzliche Ausgaben an. Gegenüber dem Budget 2013 kommt nochmals eine Million Franken hinzu, welche durch die Stadt abgefangen werden muss. Es ist aber wichtig, dass der Kanton weiterhin auf einer gesunden finanziellen Basis stehen kann. Die Gemeinden leisten unbestrittenermassen einen Beitrag an die finanzielle Gesundheit des Kantons.

Positive Faktoren bei der Budgeterstellung 2014 waren eine optimistischere Einschätzung des Steuereingangs, eine Reduktion der Abschreibungen gegenüber dem Budget 2013, die Umsetzung der Aufgabenpriorisierung sowie die Fortführung der buchhalterischen Massnahmen. Bei den Steuereinnahmen wird von einer Steigerung von 2% ausgegangen. Die Abschreibungen sind 2,8 Mio. Franken tiefer. Die buchhalterischen Massnahmen umfassen insbesondere die Sonderdividende der Erdgas Obersee AG und den Verzicht auf die Äufnung der Unterhaltsreserven bei den Liegenschaften. Die Erdgas Obersee AG steht trotz dieser Sonderdividende finanziell weiterhin gesund da. Bei den Liegenschaften sind zudem genügend Reserven vorhanden. In den Unterhaltsfonds der Liegenschaften sind insgesamt rund 18 Mio. Franken enthalten. Die Aufgabenpriorisierung hat zu Minderaufwendungen von 0,8 Mio. Franken geführt.

Beim Sachaufwand zeigt die Entwicklung, dass er in den letzten Jahren von ca. 29 Mio. auf 25 Mio. Franken im Budget 2014 zurückgeht.

Budget 2014

Das Budget 2013 weist einen Aufwand von Fr. 149,5 Mio. Franken und einen Ertrag von Fr. 147,2 Mio. Franken aus. Das ergibt ein Defizit von 2,3 Mio. Franken. Der Steuerfuss soll auf 92 Prozent und die Grundsteuer auf 0,3 Promille bleiben. Die neuen Ausgaben sind im Bericht zum Voranschlag bei den jeweiligen Kontengruppen konsequenter beschrieben als in den Vorjahren. Verzichtet wurde umgekehrt auf Wiederholungen von Informationen, die bereits in den allgemeinen Erläuterungen enthalten sind.

Die grössten neuen Ausgaben sind ein zusätzlicher Standort für eine Kindertagesstätte (Fr. 270'000.--), die neue Stadtbibliothek (Fr. 220'000.-- gemäss Beschluss der Bürgerversammlung vom März 2011), die Ausweitung der Schulsozialarbeit (Fr. 250'000.--) und die definitive Einführung der Gesundheitsberatung (Fr. 100'000.--).

C. Diskussion

Stadtpräsident Erich Zoller eröffnet die Diskussion.

Anton Kühne, Säntisstrasse 19, hält fest, dass die CVP das Budget 2014 gründlich beraten und kritisch hinterfragt hat. Die Fragen der CVP konnten durch die Mitglieder des Stadtrats beantwortet werden. Die CVP stellt keine Anträge auf Streichungen oder Kürzungen zum Budget 2014. Die CVP stellt mit Befriedigung fest, dass der Stadtrat keinen Antrag auf eine Steuerfusserhöhung stellt und ein in einem tolerierbaren Rahmen liegendes Budget von rund 2,3 Mio. Defizit vorlegt. Selbstverständlich wäre es besser, wenn der Bürgerschaft ein ausgeglichenes Budget vorgelegt werden könnte. Die CVP anerkennt, dass der Stadtrat die von der Bürgerversammlung im Dezember 2012 beschlossene Aufgabenpriorisierung soweit als möglich umgesetzt hat. Der Stadtrat hat grundsätzlich die Erwartungen der Bürgerschaft erfüllt. Sicher ist die Budgetsituation



5. Dezember 2013
Seite 18

2014 besser als vor einem Jahr. Dazu haben u.a. die bessere Wirtschaftslage sowie die höheren Steuereinnahmen beigetragen. Der Gesamtaufwand bleibt praktisch unverändert. Mit einer restriktiven Budgetierung bzw. der Umsetzung der Massnahmen konnte eine Entlastung von Fr. 840'000.-- erreicht werden. Die Parteien haben das Massnahmenpaket des Stadtrats besprechen können. Sicher ist der Stadtrat eher auf der vorsichtigen Seite. Das Massnahmenpaket ist sinnvoll, aber noch nicht an der Schmerzgrenze angelangt. Die Weichenstellung der Bürgerversammlung vom 10. Dezember 2012 ist grundsätzlich umgesetzt worden. Der Entscheid der Bürgerversammlung, 2013 auf eine Steuerfusserhöhung zu verzichten, war richtig. Dies insbesondere auch angesichts der Höhe des Eigenkapitals. Es ist davon auszugehen, dass auch in den nächsten Jahren keine Steuerfusserhöhung notwendig sein wird, obwohl grosse Herausforderungen anstehen. Eine positive Einnahmenentwicklung ist dabei selbstverständlich wichtig.

Im Budget 2014 sind weiterhin zwei buchhalterische Massnahmen enthalten, nämlich die Fortführung der Abschöpfung des Buchgewinns der Erdgas Obersee AG und der Verzicht auf die Äufnung von Reserven bei den Liegenschaften. In Zukunft werden diese 2 Mio. Franken wieder wegfallen. Gleichzeitig dürften auch die Abschreibungen in Zukunft steigen. Die CVP hofft wie der Stadtrat auf eine positive Einnahmensituation. Die CVP sieht die Finanzplanung nicht so zuversichtlich wie der Stadtrat. Es dürfte eine grosse Herausforderung in den nächsten Jahren sein, die Verschuldung im Griff zu behalten. Die CVP erwartet, dass die Bürgerschaft in den Prozess miteinbezogen wird.

Stadtpräsident Erich Zoller hält fest, dass die höheren Investitionen in Zukunft zu höheren Abschreibungen führen werden. Im Budget 2013 ist bereits die erste Abschreibungstranche für die Finanzierung des Bus- und Bahnhofs Jona enthalten. Der mutmassliche Rechnungsabschluss der Stadt dürfte besser als budgetiert ausfallen. Insbesondere kann festgehalten werden, dass die Einnahmenseite im Rahmen der budgetierten Werte ausfallen dürfte. Der Aufwand wird dagegen gesamthaft rund 2 Mio. Franken unter dem Budget liegen. Anstelle eines Budgetdefizits von 4 Mio. Franken ist ein solches von rund 2 Mio. Franken zu erwarten.

Martin Stöckling, Wäldliweg 19, hält fest, dass die FDP das Budget 2014 intensiv beraten hat. Die FDP ist mit dem Budget 2014 einverstanden. Das Defizit ist in einem vertretbaren Rahmen. Die FDP beantragt, das Budget zu genehmigen. Sorgen bereitet der FDP die Finanzplanung. Der FDP fehlt eine realistische Umsetzung der Investitionen. Die Umsetzung der Investitionen hat grosse Auswirkungen auf die Höhe der Abschreibungen. Die Schwerpunktplanung 2013 - 2016 des Stadtrats soll deshalb mit einer Personalplanung verbunden werden. Schlussendlich muss eine realistische Umsetzungsplanung vorgelegt werden. In der Vergangenheit konnten nie alle Investitionen realisiert werden. Die Schwerpunktplanung muss eine Richtschnur für die kommenden Investitionen sein. Sie muss eine Kapazitäts- und Umsetzungsplanung enthalten. Der Stadtrat wird eingeladen, auf das Budget 2015 eine Investitions- und Finanzplanung an die Hand zu nehmen und in den Bürgerversammlungsunterlagen mit einer Schwerpunktplanung und einem realistischen Umsetzungsgrad aufzuzeigen. Mit diesem Instrument können anschliessend die Investitionen beurteilt werden.



5. Dezember 2013
Seite 19

Stadtpräsident Erich Zoller nimmt das Anliegen der FDP entgegen. Es ist auch ein Ziel des Stadtrats, eine bessere Umsetzungsplanung für die Investitionen vorlegen zu können. Der Stadtrat hält aber ausdrücklich fest, dass er die Schwerpunkte und deren Umsetzung realistisch setzt. Wenn nicht alle Investitionen, wie in der Finanzplanung aufgezeigt, umgesetzt werden, ergibt dies grosse Unsicherheiten für die Finanzplanung. Dieser Zustand muss zwingend verbessert werden. Dies ist insbesondere auch ein Anliegen der Geschäftsprüfungskommission.

Hanspeter Raetzo, Meienfeldstrasse 68, erkundigt sich nach den Gebühren der neuen Stadtbibliothek. Im Stadtforum wurde darauf hingewiesen, dass an der heutigen Bürgerversammlung entsprechend informiert wird. Im Budget 2013 sind Gebühreneinnahmen von Fr. 130'000.-- vorgesehen. Deshalb werden die Informationen zur Gebührenordnung vor der Abstimmung über das Budget 2014 gewünscht.

Thomas Rüegg, Stadtrat, weist darauf hin, dass dies so vorgesehen war bzw. diese Information bereits im Rahmen der Budgetberatung erfolgt. Ab 6. Dezember 2013 ist die neue Gebührenkarte erhältlich. Der Umbau der neuen Stadtbibliothek ist auf Kurs. Die Eröffnung findet am 29./30. März 2014 statt. Die neue Bibliothek wird ein Ort des Entdeckens und Erlebens sein. Die Bürgerversammlung kann heute aus erster Hand informiert werden. Der ebenfalls ab 6. Dezember 2013 aufliegende Flyer gibt umfassend Auskunft über das neue Angebot der Stadtbibliothek. Zum überaus breiten Angebot gehören in Zukunft ein Bistro, Internetstationen, Zeitschriften und WLAN. Sie enthält Aufenthalts- und Arbeitsräume und ist barrierefrei eingerichtet. Insgesamt stehen sieben öffentliche PC-Arbeitsplätze zur Verfügung.

Die Bibliothek kann auch als Veranstaltungsraum mit bis zu 50 Personen genutzt werden. Die neue Stadtbibliothek steht während 45 Stunden pro Woche offen. Kinder und Jugendliche können die Medien kostenlos nutzen. Das Angebot umfasst insgesamt 40'000 Medien. Diese können auch elektronisch gebucht und automatisch zurückgegeben werden. Neu ist insbesondere auch eine Rückgabemöglichkeit beim Stadthaus in Jona. Dieser Rückgabeort ist gut zu erreichen. Die neue Stadtbibliothek ist auf die Grösse der Stadt Rapperswil-Jona ausgerichtet.

Der Jahrestarif beträgt für Erwachsene in einem sogenannten All-inclusive-Angebot Fr. 55.--. Die neue Karte kann bereits ab 6. Dezember 2013 gekauft werden. Die ersten vier Monate bis zur Eröffnung der Stadtbibliothek kann sie gratis genutzt werden. Die Jahreskarte ist auf die Benutzenden ausgestellt. Sie ist sicher ein schönes Weihnachtsgeschenk. Für Ehepaare beträgt die Jahresgebühr Fr. 80.-- und für Personen in Ausbildung Fr. 25.--. Für Kinder und Jugendliche ist die Benützung kostenlos. Erworben werden können auch Gönnerkarten, mit welchen ermässigte Preise für die Veranstaltungen gelten, aber auch Schnupperkarten. Der Stadtrat hofft selbstverständlich, dass der heutige Kundenstamm erweitert werden kann. Die neue Stadtbibliothek mit ihrem umfassenden Angebot soll dazu beitragen. Andere Bibliotheken in ähnlicher Grösse haben in etwa die gleichen Tarife.

Hanspeter Raetzo, Meienfeldstrasse 68, ist der Auffassung, die Preise massiv erhöht werden (für Einzelpersonen von Fr. 25.-- auf Fr. 55.--). Diese Gebührenerhöhung ist relativ hoch. Bis anhin waren in den Budgets jeweils Fr. 105'000.-- Einnahmen einge-



5. Dezember 2013

Seite 20

stellt. Neu werden nur Fr. 130'000.-- budgetiert. Aufgrund der Gebührenerhöhung müssten die Einnahmen eigentlich wesentlich höher budgetiert werden.

Thomas Rüegg, Stadtrat, hält fest, dass im Budget 20% Mehrertrag enthalten sind. Die heutigen Preise waren bis anhin sicher im Verhältnis zu anderen Bibliotheken tief. Die Preiserhöhung ist durch das wesentlich breitere und umfassendere Angebot ausgewiesen. Bis anhin mussten die Kunden für einzelne Produkte der Bibliotheken Einzelpreise bezahlen (z.B. Ausleihung einer CD für Fr. 2.--). Damit waren die Gebühren für gewisse Kunden, welche die entsprechenden Angebote in Anspruch nahmen, allenfalls höher als mit der heutigen All-inclusive-Lösung. Im Vorfeld hat die Projektgruppe die notwendigen Quervergleiche angestellt. Deshalb fällt der Mehrertrag im Budget 2014 entsprechend etwas höher aus.

Hanspeter Raetzo, Meienfeldstrasse 68, stellt den Antrag, dass die Ausleihgebühren so limitiert werden, dass insgesamt Einnahmen von Fr. 130'000.-- erreicht werden können.

Erich Zoller, Stadtpräsident, hält fest, dass es sich bei den budgetierten Einnahmen um Annahmen handelt. Die Gebühren für die neue Stadtbibliothek werden vom Stadtrat festgelegt. Grundlage bilden dabei Quervergleiche mit anderen Stadtbibliotheken. Aufgrund des Antrags von Hanspeter Raetzo bzw. der nichtvorhersehbaren Entwicklung der Gebühreneinnahmen müssen zuerst die entsprechenden Erfahrungen gesammelt werden. Die höheren Gebühren sind durch den Mehrwert der neuen Bibliothek sicher ausgewiesen. Im weiteren ist festzuhalten, dass die neue Stadtbibliothek jährliche Mehrkosten von Fr. 220'000.-- verursacht. Deshalb macht es Sinn, die Erfahrungen mit den neuen Gebühren abzuwarten und allenfalls auf das Budget 2015 eine Anpassung vorzunehmen. Die Gebührenfestlegung liegt in der abschliessenden Kompetenz des Stadtrats. Dagegen kann die Bürgerschaft Änderungen an den Budgetpositionen beschliessen.

Hanspeter Raetzo, Meienfeldstrasse 68, hält an seinem Antrag fest, wonach die Gebühren nicht in der vom Stadtrat beschlossenen Form erhöht werden sollen. Der budgetierte Ertrag von Fr. 130'000.-- widerspiegelt nicht die Verdoppelung der Gebührenhöhe.

Stadtpräsident Erich Zoller hält nochmals fest, dass die Kompetenz für den Erlass des Gebührentarifs beim Stadtrat liegt. Über den Antrag von Hanspeter Raetzo kann aus formeller Hinsicht abgestimmt werden. Die entsprechenden Gebühreneinnahmen werden jedoch trotzdem anfallen. Erich Zoller schlägt vor, dass Hanspeter Raetzo den formellen Antrag zurückzieht und der Stadtrat würde zu gegebener Zeit die Gebührenordnung einer Überprüfung unterziehen. Alle Gebührenordnungen werden regelmässig überprüft.

Lukas Schmuki, Bubikerstrasse 3, erkundigt sich, ob das Gratis-Abo für Kinder und Jugendliche auch für solche von andern Gemeinden gilt.

Stadtrat Thomas Rüegg erläutert, dass dieses Gratis-Angebot nur für Kinder und Jugendliche, welche in Rapperswil-Jona wohnen, gilt.

Stadtpräsident Erich Zoller hält fest, dass die Bürgerversammlung zu Ausgaben und Einnahmen Anträge stellen kann. Der Antrag von Hanspeter Raetzo wird aber ohne Wirkung bleiben, da der Stadtrat abschliessend für die Gebührenfestlegung der Stadtbiblio-



5. Dezember 2013

Seite 21

thek zuständig ist. Sollte dem Antrag von Hanspeter Raetzo zugestimmt werden, würde sich einfach eine Differenz zwischen Budget und Rechnung ergeben.

Der Antrag von Hanspeter Raetzo, im Konto 1262 den Gebührenertrag um Fr. 30'000.-- zu kürzen, wird grossmehrheitlich abgelehnt.

Investitionsbudget

Das Investitionsbudget sieht Ausgaben von 28,9 Mio. Franken vor. Die mit Abstand grösste Position ist der Bus- und Bahnhof Jona mit ca. 12 Mio. Franken. Weitere erhebliche Investitionen fallen für die Sanierung der Altlasten im Lido (1,5 Mio. Franken) und die Restkosten für die Sanierung des Mehrzweckgebäudes Bollwiesstrasse 4 (1 Mio. Franken) an. Im Finanzvermögen sind die Kosten für die Schulraumerweiterung des Berufs- und Weiterbildungszentrums (1 Mio. Franken) und die Sanierung von Alterswohnungen in der Liegenschaft Etzelblick im Umfang von 1,3 Mio. Franken zu erwähnen.

Nils Rickert, Werkstrasse 20, hält fest, dass die Grünliberale Partei das Budget 2014 unterstützt und spricht dem Stadtrat für die geleistete Arbeit den besten Dank aus. Die GLP und die SVP beantragen, die im Investitionsbudget enthaltene Position von Fr. 200'000.-- für das Projekt Mobilitätszukunft auf Fr. 50'000.-- zu reduzieren. Der Betrag von Fr. 50'000.-- soll für die restlichen Projektarbeiten verwendet werden. Fr. 150'000.-- sollen dagegen für konkrete bauliche Massnahmen eingesetzt werden. Es war sicher richtig, dass nach dem Nein zum Tunnel der Stadtrat einen breiten Prozess gestartet hat. Anschliessend hat der Prozess Mobilitätszukunft eine unheimliche Eigendynamik entwickelt. Insgesamt sind mit den Kosten für die Verkehrserhebungen Fr. 850'000.-- für den Prozess ausgegeben worden. Von den vom Stadtrat beantragten Fr. 200'000.-- sollen Fr. 100'000.-- für weitere Beratungsleistungen und Prozessbegleitungen ausgegeben werden. Fr. 100'000.-- fliessen damit nicht in konkrete bauliche Umsetzungsmassnahmen. Eigentlich findet nach dem Abschluss des Prozesses nur noch ein Vernehmlassungsverfahren statt. Es ist nun an der Zeit, bei der Mobilitätszukunft zu entscheiden und Umsetzungsmassnahmen in die Wege zu leiten. Dies können insbesondere auch kurzfristige Massnahmen sein wie z.B. zusätzliche Veloparkplätze beim MIG-ROS oder COOP in Jona. Es gilt nun, solche - auch einfache - Umsetzungsmassnahmen in die Wege zu leiten. Anstelle eines neuen Flyers, welcher kaum einen Nutzen generiert, sollen besser einfache Umsetzungsmassnahmen an die Hand genommen und entsprechende Zeichen gesetzt werden. Die Vernehmlassung ist wichtig, soll aber soweit als möglich ohne den Beizug von Beratungsfirmen durchgeführt werden, da dies eine der Kernaufgaben des Stadtrats ist. Der Antrag der GLP bzw. der SVP soll nicht den Prozess behindern, sondern zum Umsetzen beitragen. Es ist wichtig, dass nun mit diesen Umsetzungsmassnahmen Zeichen gesetzt werden, damit die involvierten Personen sehen, dass ihre Anliegen tatsächlich realisiert werden.

Stadtpräsident Erich Zoller hält in diesem Zusammenhang aus grundsätzlicher Sicht fest, dass die Aufstellung des Investitionsbudgets mit vielen vorgängigen Gesprächen stattgefunden hat. Der Stadtrat hat insbesondere dreimal eine Investitionstriage durchgeführt. Beim Investitionsbudget handelt es sich um einen ausgewogenen Vorschlag.



5. Dezember 2013

Seite 22

Alle involvierten Ressorts haben teilweise auf Investitionen verzichtet. Stadtrat und Verwaltung haben mehrfach bewiesen, dass nicht einfach Budgetpositionen ausgeschöpft werden. Dies gilt insbesondere auch für Vorhaben, welche im Investitionsbudget aufgeführt sind. Im Zusammenhang mit dem Antrag von Nils Rickert hält Erich Zoller ausdrücklich fest, dass nicht zwingend alle budgetierten Kosten von Fr. 200'000.-- für den Abschluss des Projekts Mobilitätszukunft tatsächlich ausgegeben würden.

Thomas Furrer, Stadtrat, betont, dass es sich beim Projekt Mobilitätszukunft um einen sehr anspruchsvollen Prozess und eine grosse Herausforderung handelt. Die Kosten für den Prozess Mobilitätszukunft liegen bei rund 1% der zukünftigen Gesamtinvestitionen. Vom Gesamtkredit von Fr. 850'000.-- können die Kosten von Fr. 150'000.-- für die umfassenden Verkehrserhebungen abgezogen werden. An die Verkehrserhebung hat der Kanton St. Gallen einen Beitrag von Fr. 100'000.-- geleistet. Per Ende September 2013 sind vom Gesamtkredit von Fr. 850'000.-- ca. Fr. 670'000.-- ausgegeben worden. Mit den ausstehenden Aufwendungen besteht ein Kreditüberhang von ca. Fr. 30'000.--.

Der Stadtrat beantragt einen zusätzlichen Kredit von Fr. 200'000.--. Davon sind ca. Fr. 30'000.-- für die ausstehenden Aufwendungen vorgesehen. Für die Schlussphase des Prozesses Mobilitätszukunft werden Fr. 90'000.-- eingesetzt. Für Druckkosten etc. sind Fr. 10'000.-- vorgesehen. Mit den Reserven von Fr. 70'000.-- sollen auch Sofortmassnahmen eingeleitet werden. Der Stadtrat wird noch im Dezember 2013 die zukünftige Strategie beschliessen. Anschliessend startet die Vernehmlassung und nach der Auswertung der Rückmeldungen soll in einem symbolischen Akt die Strategie Mobilitätszukunft dem Kanton übergeben werden. Im weiteren soll der gesamte Prozess Mobilitätszukunft evaluiert und Stärken und Schwächen des Prozesses festgestellt werden. Für die Kommunikation und den dokumentmässigen Abschluss des Prozesses sind Kosten von Fr. 90'000.-- vorgesehen. Sie basieren auf einer konkreten Offerte. Die budgetierten Kosten von Fr. 70'000.-- sind u.a. für Sofortmassnahmen eingesetzt. Es ist für den Stadtrat vordringlich, dass der Prozess Mobilitätszukunft mit der Verabschiedung der Strategie bzw. der Übergabe an den Kanton zu Ende geführt werden kann. Stadtrat Thomas Furrer zeigt nochmals den gesamten Weg des umfangreichen Prozesses auf.

Sollte dem Antrag von Nils Rickert stattgegeben werden, hätte dies eine kurzfristige Änderung des Prozesses zur Folge. Nachteile ergeben sich insbesondere für die Kommunikation und Dokumentation des gesamten Prozesses. Zudem entstehen Nachteile für die Ergebnissicherung und für die Überführung des Projekts in die nächste Phase. Der Stadtrat hält deshalb an seinem Antrag fest, für den Abschluss des Projekts Mobilitätszukunft Fr. 200'000.-- vorzusehen.

Nils Rickert, Werkstrasse 20, fühlt sich durch die Ausführungen von Stadtrat Thomas Furrer teilweise bestätigt. Er hält daran fest, dass von den budgetierten Fr. 200'000.-- Fr. 150'000.-- für die kurzfristige Umsetzung von baulichen Massnahmen einzusetzen sind. Die restlichen Fr. 50'000.-- können für den Abschluss des Projekts verwendet werden. Insbesondere kann die Verwaltung die Auswertung der Vernehmlassung selber vornehmen. Nils Rickert hält an seinem Antrag fest.

Stadtpräsident Erich Zoller unterstreicht, dass der Betrag von Fr. 30'000.-- für die Kre-



5. Dezember 2013

Seite 23

ditüberschreitung im Sinne der Transparenz der Bürgerversammlung zusammen mit den restlichen Kosten für den Abschluss des Projekts Mobilitätszukunft vorgelegt wird. Der Stadtrat hätte aufgrund der Kompetenzordnung in der Gemeindeordnung diese Kreditüberschreitung beschliessen können bzw. aufgrund der bereits getätigten Arbeiten müssen. Es ist richtig, dass der Stadtrat gefordert ist, auch Sofortmassnahmen umzusetzen. Im Rahmen des Projekts Mobilitätszukunft sind Stadtrat Thomas Furrer verschiedene Sofortmassnahmen unterbreitet worden. Es handelt sich um alle Sofortmassnahmen, welche im Verkehrsbereich umgesetzt werden könnten. Im Investitionsbudget und in der Laufenden Rechnung sind alle Massnahmen aufgenommen worden, welche realistisch 2014 umgesetzt werden können. Sollten weitere Fr. 150'000.-- vom beantragten Investitionskredit umgelagert werden, könnten diese Massnahmen im kommenden Jahr gar nicht umgesetzt werden. Der Stadtrat wird jährlich festlegen, welche Sofortmassnahmen in welchem Jahr umgesetzt werden. Die Umsetzung ist abhängig von den personellen Ressourcen, vom Planungsstand bzw. von der Budgetgenehmigung.

Silvia Kündig, Haldenstrasse 20, unterstreicht, dass der Stadtrat im beantragten Investitionskredit alle Massnahmen zum Abschluss des Prozesses transparent aufgelistet hat. Der Prozess Mobilitätszukunft soll abgeschlossen werden und deshalb ist dem Kredit zuzustimmen. Es ist unbestritten, dass alle eine Verbesserung der Verkehrssituation in Rapperswil-Jona wünschen. Für das Umdenken, aber auch ein anderes Handeln, ist ein Prozess wichtig und richtig.

Lukas Schmuki, Bubikerstrasse 3, weist darauf hin, dass der beantragte Kredit auch in der CVP ein grosses Thema war. Die CVP war nie eine grosse Freundin des Prozesses Mobilitätszukunft. Es war aber konsequent, dass der Stadtrat nach dem Nein zum Tunnel diesen Weg beschritten hat. Der Prozess soll zu Ende geführt werden. Es ist richtig, dass nach dem partizipativen Prozess der Stadtrat nun die strategischen Entscheide fällt und ein starkes Signal an den Kanton setzt. Eine Kürzung des Kredits um Fr. 150'000.-- wäre ein schlechtes Zeichen. Dem Stadtrat soll das Vertrauen gegeben werden, den Prozess abzuschliessen.

Der Antrag der GLP/SVP, den Beitrag für Projektarbeiten im Zusammenhang mit dem Projekt Mobilitätszukunft auf Fr. 50'000.-- zu beschränken und die restlichen Fr. 150'000.-- für die kurzfristige Umsetzung von baulichen Massnahmen einzusetzen, wird mehrheitlich abgelehnt.

D. Beschluss

Die Bürgerversammlung beschliesst ohne Gegenstimme:

1. Das Budget 2014, bestehend aus Laufender Rechnung und Investitionsrechnung, wird genehmigt. Damit sind auch die Kredite für die Investitionen gemäss Liste im vorstehenden Abschnitt C bewilligt.
2. Für das Jahr 2014 werden folgende Steueransätze beschlossen:



5. Dezember 2013
Seite 24

- Gemeindesteuern 92%
- Grundsteuern 0,3‰



5. Dezember 2013

Seite 25

Traktandum 2

Allgemeine Umfrage

Gemäss Art. 45 des Gemeindegesetzes wird nach Erledigung der angekündigten Geschäfte die Allgemeine Umfrage eröffnet. Dabei können Fragen von allgemeiner Bedeutung über einen Gegenstand aus dem Aufgabenbereich der Gemeinde gestellt werden. Der Rat beantwortet diese Fragen mündlich oder schriftlich bis spätestens an der nächsten Bürgerversammlung. Werden Anträge gestellt, deren Behandlung in die Zuständigkeit der Bürgerschaft fällt, können sie beraten, zur Begutachtung und Ausarbeitung eines Beschlussentwurfs an den Rat gewiesen oder verworfen werden.

Der Kantonsrat hat am 25. November 2013 Stadtschreiber-Stv. Stefan Zürn als Abteilungspräsident der Verwaltungsrekurskommission gewählt. Der Stadtrat gratuliert Stefan Zürn zu dieser ehrenvollen Wahl und wünscht ihm viel Erfolg und Befriedigung in seiner neuen Aufgabe.

An der letzten Bürgerversammlung sind in der Allgemeinen Umfrage die Themen Benutzungszeiten für die Skateranlage, die Erschliessung von Bollingen mit dem öffentlichen Verkehr und Mobilfunkanlagen aufgeworfen worden. Der Stadtrat hat diese Fragen direkt an der Bürgerversammlung beantwortet.

Claudia Schmid-Bidoli, Tulpenweg 4, bedankt sich im Namen der SVP bei Stadtpräsident Erich Zoller, dass er an der Hauptversammlung der Partei am 8. November 2013 verschiedene Fragen zum Budget 2014 direkt beantwortet hat. Damit konnten verschiedene Fragen im Vorfeld geklärt werden. Für die SVP sind aber trotzdem noch einige Fragen offen. Dies betrifft die Mehrkosten von Fr. 680'000.-- für die Schulsozialarbeit, Fr. 515'000.-- Mehrkosten für Kinder und Jugendliche, Fr. 523'000.-- für die Kinder- und Jugendarbeit und Fr. 40'000.-- für die Jugend. Dies sind rund 1,7 Mio. Franken, welche die Stadt für Prävention und Aktivitäten für Schülerinnen und Schüler und Jugendliche einsetzt. Nach Ansicht der SVP übernimmt die Schulsozialarbeit eine wichtige Aufgabe und ist nicht mehr wegzudenken. Nach Ansicht der SVP wäre es aber sinnvoll, Synergien zwischen den verschiedenen Stellen zu nutzen und damit die Kosten zu reduzieren bzw. zumindest nicht weiter zu erhöhen. Die SVP denkt dabei z.B. an das Projekt Generationentreff, welches nur mässigen Erfolg hatte. Gleichzeitig läuft in der Schule ein Projekt, in welchem ältere Personen in die Klassen gehen und sich unterstützend den Schülerinnen und Schülern annehmen. Dieses Projekt ist erfolgreich.

Die SVP möchte erfahren, wer für welche Aufgaben zuständig ist und wie Synergien genutzt werden könnten. Die SVP erwartet zu den nachstehenden Fragen zu den Konten 1330, 1332, 1334 und 1382 Antworten:

Konto 1330, Kinder und Jugendliche

- Was wird mit diesem Konto alles bezahlt?
- Wer arbeitet dort, wie viele Stellenprozente?
- Was ist der Nutzen für die Kinder und Jugendlichen?



5. Dezember 2013
Seite 26

Konto 1332, Schulsozialarbeit (SSA)

- Wie viele Schülerinnen und Schüler hat Rapperswil-Jona?
- Wie viele Schulklassen hat Rapperswil-Jona?
- Wie viele Kinder benötigen eine Betreuung durch die SSA?
- Wie viele Klassen benötigen die SSA?

Konto 1334, Kinder- und Jugendarbeit

- Was und wie viele Projekte werden durchgeführt?
- Wie viele Kinder nehmen jeweils teil?
- Was ist der Nutzen dieser Projekte / Bilanz?
- Was ist das Fazit, mögliche Schlussfolgerungen?

Konto 1382, Fonds Jugend

- Für was wird dieser Fonds verwendet?
- Übersicht 2012/13

Stadtpräsident Erich Zoller stellt in Aussicht, dass die Fragen an der nächsten Bürgerversammlung und allenfalls auch im Stadtforum beantwortet werden.

Zum Schluss dankt *Stadtpräsident Erich Zoller* den anwesenden Bürgerinnen und Bürgern und lädt sie im Anschluss an die Bürgerversammlung zum traditionellen Apéro ein.

Schluss der Bürgerversammlung um 21.25 Uhr.

Stadtrat Rapperswil-Jona

Sig. E. Zoller

Erich Zoller
Stadtpräsident

Sig. Hj. Goldener

Hansjörg Goldener
Stadtschreiber

Sig. St. Zürn

Stefan Zürn
Stadtschreiber-Stv.



5. Dezember 2013
Seite 27

Stimmenzähler

Sig. N. Albrecht

Nicole Albrecht

Sig. E. Glaus

Elisabeth Glaus